



# GESUNDHEITSDATEN IN GEFAHR !

Bündnis für Datenschutz und Schweigepflicht (BfDS)

München, den 2.8.2020

[www.gesundheitsdaten-in-gefahr.de](http://www.gesundheitsdaten-in-gefahr.de)

Ansprechpartner:

Dr. Andreas Meißner (Petent), München

Tel. 089/6914550; [psy.meissner@posteo.de](mailto:psy.meissner@posteo.de)

Dr. Karen v. Mücke, München

Tel. 089/6535598; [karen.von.muecke@gmx.de](mailto:karen.von.muecke@gmx.de)

Dr. med. Andreas Gassen

Vorstand der KBV

Herbert-Lewin-Platz 2

10623 Berlin

Sehr geehrter Herr Kollege Gassen,

das ärztliche **Bündnis für Datenschutz und Schweigepflicht (BfDS)** beobachtet die politischen Entwicklungen zur TI sehr genau. Wir sind bundesweit vernetzt und waren Initiatoren einer sehr erfolgreichen Petition an den deutschen Bundestag. Darin haben wir uns für eine dauerhaft freiwillige ePA für Patientinnen und Patienten sowie für die freiwillige Anbindung an die TI ausgesprochen und haben die Abschaffung der Sanktionen bei Nichtanbindung gefordert.

Weit über 64000 Bürgerinnen und Bürger hatten unsere Petition mitgezeichnet und wir wurden deshalb vor dem Petitionsausschuss angehört. Wir sind weder „Digitalisierungsgegner“ noch „Komplettverweigerer“. Unsere Hauptanliegen sind der Datenschutz und die Ablehnung der Zwangsvernetzung durch die TI. Wir werden von zahlreichen Initiativen und Verbänden und von IT-Sicherheitsexperten unterstützt.

Die KBV und die Länder-KVen haben mit ihrem offenen Brief ein richtiges Signal an Herrn Spahn gesendet. Wir nehmen Bezug auf Ihr Interview im änd, in dem Sie die Forderungen teilweise wieder relativieren.

Sie sagen, Sie können schwer abschätzen, wie viele Ärzte jetzt mit der TI nicht glücklich sind, und Sie fragen sich, wie hoch die Zahl der „Komplettverweigerer“ wohl sein mag. - Bundesweit sind 10-20% der Kolleginnen und Kollegen nicht an die TI angeschlossen, in Bayern sind es 23%. Aus Überzeugung haben sich die wenigsten angeschlossen; die sinkenden Erstattungspauschalen, die Vermeidung der Sanktionen und die gesetzliche Verpflichtung waren die Gründe für die Anbindung. Tausende Kolleginnen und Kollegen haben sich trotz Strafzahlungen nicht an die TI angeschlossen, weil sie den Datenschutz in Gefahr sehen und die Zwangsvernetzung ablehnen. Es greift absolut zu kurz, den „älteren Kollegen kurz vor der Rente“ eine Übergangslösung anzubieten.

Nicht nur die „jungen Kollegen“ wollen Fortschritte bei der Digitalisierung. Wir sind bereits praktisch alle digitalisiert, führen elektronische Patientenakten, haben elektronische Praxisarchive und speichern unsere Befunde in der elektronischen Kartei. Der Hausarzt, den die meisten Patienten immer noch haben, hat in der Regel einen sehr guten Überblick über die Befunde und Erkrankungen seiner Patienten. Der „Arzt mit Karteikarte“ ist lediglich ein Feindbild von Herrn Spahn. Wir benötigen dringend eine sichere elektronische Kommunikation untereinander, mit den Kliniken und unseren Patientinnen und Patienten, jedoch ohne zentrale Datenspeicherung.

Folgende gravierende Probleme und Mängel bei der TI sind Ihnen sicher bekannt:

- Installation der TI in eine oft unsichere Praxis-IT-Umgebung; die Anforderungen an die IT-Sicherheit der Praxen sind noch nicht einmal genau festgelegt, von einer Finanzierung für den zusätzlichen Aufwand ganz zu schweigen.
- Parallel-Anschlüsse in den Praxen und Sicherheitslücken beim Konnektor.
- Das acht Wochen lang bestehende Konnektorproblem stellte nach Auskunft von IT-Sicherheitsexperten ein ernsthaftes Sicherheitsrisiko dar.
- Unzumutbare Diskussionen, wer für die Behebung von eigenen Fehlern der gematik zahlen muss. Der bundesweite Ausfall zeigt doch, dass die gematik die Risiken und die finanziellen Auswirkungen komplett auf die Ärzteschaft überträgt.
- Erhebliche Probleme mit dem Workflow in den Praxen bei erneuten Fehlern der TI, wenn weitere Anwendungen wie eRezept oder eAU hinzukommen.
- Durch den Anschluss an die TI Verstoß gegen die DSGVO, da immer noch keine DSFA vorliegt. Strafe in Höhe von 4% des Umsatzes bei Verstoß gegen die DSGVO oder bei Datenverlust.
- Die Zugriffsrechte auf die ePA können jederzeit verändert werden und die Gesundheitswirtschaft hat ein gesteigertes Interesse, diese Daten zu verwerten. Damit werden der Datenschutz und die Schweigepflicht ausgehebelt.
- Als „Leistungserbringer“ werden die Ärzte zum Datenlieferanten für ein kleines Taschengeld zwangsverpflichtet – die Ersatzkassen haben selbst die geplanten 10 Euro für die Befüllung der Akte als überflüssig erachtet.

Eine zentrale Datenspeicherung bei der Corona-Warn-App wurde von Wissenschaftlern aus Datenschutzgründen abgelehnt; bei der ePA sollen Patientenbefunde jedoch zentral gespeichert werden. Eine öffentliche Diskussion darüber hat noch gar nicht stattgefunden. Eine rudimentäre ePA, in der Patienten Daten löschen oder verbergen können, ist für uns komplett nutzlos.

Das Projekt TI ist gescheitert, nur wird es nicht öffentlich zugegeben und viele Kolleginnen und Kollegen lassen sich durch Drohkulissen einschüchtern. Es darf kein „weiter so“ geben. Auch wenn über 4 Mrd. Euro in das Projekt geflossen sind, sollte man es stoppen, bevor noch mehr Gelder der Versicherten verschwendet werden.

**Rudern Sie jetzt nicht zurück; stehen Sie zu Ihren Forderungen aus dem Offenen Brief der KBV mit den KVen. Die flächendeckende ärztliche Versorgung ist in großer Gefahr, wenn Herr Spahn seine Pläne weiter vorantreibt und zahlreiche Ärztinnen und Ärzte deshalb der Kassenmedizin den Rücken kehren werden. Werden Sie sich für die Argumente der TI-Kritiker im Interesse aller Ärzte und Psychotherapeuten einsetzen? Bitte treten Sie mit uns in Dialog.**

Mit freundlichen Grüßen

Das Kernteam vom Bündnis für Datenschutz und Schweigepflicht:

Dr. med. Karen v. Mücke (Fachärztin für Innere Medizin)  
Dr. med. Andreas Meißner (Facharzt für Psychiatrie)  
Dr. med. Alexandra Marwan (Ärztin für Psychotherapie)  
Dr. med. Daniel Pohl (Facharzt für Allgemeinmedizin)  
Dr. med. Lampros Kampouridis (Facharzt für Kinderheilkunde)

sowie 345 weitere Kolleginnen und Kollegen, ärztliche Psychotherapeutinnen und -therapeuten sowie psychologische Psychotherapeutinnen und -therapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -therapeuten aus dem ganzen Bundesgebiet